

WP-04-099 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Maximilian Fries (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 99 bis 107:

~~Bezahlbares Wohnen ist zur zentralen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Die Miete verschlingt immer größere Teile des Einkommens, bei vielen bleibt am Monatsende kaum noch Geld für Lebensmittel, Bildung und Teilhabe. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein echtes kommunales Vorkaufsrecht zum Verkehrswert gibt Städten und Gemeinden endlich die Möglichkeit, dem Höchstgebot etwas entgegenzusetzen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bleiben für uns die zentralen Akteure einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik, denn sie garantieren nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht, sondern auch, dass er günstig bleibt.~~

Die Wohnungsfrage ist längst zu einer der größten gesellschaftlichen Herausforderungen geworden. Denn Wohnen ist weit mehr als die Frage, ein Dach über dem Kopf zu haben. Die eigene Wohnung ist Rückzugsort, Lebensmittelpunkt und ein elementarer Bestandteil persönlicher Sicherheit. Wenn Menschen fürchten müssen, sich ihr Zuhause nicht mehr leisten zu können, oder keine Aussicht mehr auf angemessenen Wohnraum haben, gerät dieses grundlegende Gefühl von Sicherheit ins Wanken.

Die Folgen reichen weit über die individuelle Not hinaus. Wenn selbst das Grundbedürfnis nach einem sicheren Zuhause nicht mehr verlässlich erfüllt werden kann, gefährdet das den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erschüttert das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Vor diesem Hintergrund wollen wir das Recht auf Wohnen und die sozialgerechte Bodennutzung in die Landesverfassung aufnehmen.

Gerade in den Kommunen werden die Folgen unmittelbar spürbar. Gleichzeitig sind die Handlungsmöglichkeiten derzeit zu begrenzt, um der Entwicklung wirksam entgegenzutreten. Deshalb brauchen die Kommunen endlich mehr rechtliche, finanzielle und politische Instrumente, um bezahlbares Wohnen zu sichern und auszubauen. Denn die Wohnungsfrage ist längst auch eine Frage der sozialen Stabilität und unserer Demokratie.

Begründung

Dieser Änderungsantrag ergänzt den Entwurf um eine Einleitung, die die wichtige Rolle bezahlbaren Wohnraums für ein gutes und sicheres Leben wie auch für eine stabile Demokratie betont und gleichzeitig daraus konkrete Änderungen in der Landesverfassung ableitet.

Unterstützer*innen

Harald Schwenk (KV Düsseldorf); Clara Gerlach (KV Düsseldorf); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Uwe Zimmermann (KV Düsseldorf); Daniela Klutzeweit (KV Düsseldorf); Kerstin Weise (KV Düsseldorf); Cornelia Dienstbach (KV Düsseldorf); Martine Richli (KV Düsseldorf); Mathias Keßler (KV Düsseldorf); Barbara Flatters (KV Düsseldorf); Bianca Boeck (KV Düsseldorf); Pia Hölz (KV Düsseldorf); Frieda Niewald (KV Düsseldorf); Daniela Welk (KV Düsseldorf); Thomas Fritz (KV Düsseldorf); Klaus Mewes (KV

Düsseldorf); Klaus Mewes (KV Düsseldorf); Claus Prommersberger (KV Düsseldorf); Barbara Vogel (KV Düsseldorf)